

present their guiding principles, desires and interests which testifies to the depth of decay of German mentality.«³²⁶ Hier taucht wieder die Einsicht auf, dass das ›andere Deutschland‹, auf das Beneš ja immer wieder verwiesen hatte, in der allgemeinen Mentalität nicht mehr auszumachen war.

B) Der Kontakt zur Gruppe *Fight for Freedom*

Eine ähnliche Entwicklung hatten auch die Unterzeichner des Gründungsmanifests der Gruppe *Fight for Freedom* hinter sich, als sie sich 1942 von der Mehrheitssozialdemokratie im Exil abspalteten, da sie sich zu folgender Erkenntnis durchgerungen hatten: »Der Kampf gegen den Nationalismus in der deutschen Arbeiterbewegung muß von vorn begonnen werden.«³²⁷

Curt Geyer, einem der Unterzeichner dieses Manifests, waren schon früher Zweifel an einer rein ökonomistischen Erklärung dessen gekommen, was in Deutschland geschah, und er versuchte, den deutschen Nationalismus als eigenständige historische Kraft zu fassen und dabei auch gängige Argumente der Exilsozialdemokratie zu kritisieren, wie sie besonders in den Schriften Otto Bauers formuliert wurden. So schrieb Geyer in seiner programmatischen, gegen Bauer gerichteten Schrift *Die Partei der Freiheit* 1939:

»Die Entwicklung der inneren Verhältnisse im Dritten Reich fordert gebieterisch eine Revision dieser theoretischen Sätze über Staatsordnung, Staatsmacht und Machtverhältnisse der Klassen. Diese Revision brauchte an sich noch nicht einmal die Verwerfung der materialistischen Geschichtsauffassung zu bedeuten – aber ihre Notwendigkeit sollte auch

326 Ebd., S. X.

327 Bieligk, Fritz / Geyer Curt et al. (1942/2009): Der Kampf gegen den Nationalismus in der deutschen Arbeiterbewegung muß von vorn begonnen werden. Erklärung der »Fight for Freedom«-Gruppe vom 2. März 1942, in: Geyer, Curt / Loeb, Walter et al.: (2009): *Fight for Freedom*, S. 65.

denen klar sein, die an den Prinzipien der materialistischen Geschichtsauffassung trotz aller Erfahrungen festzuhalten wünschen. [...] Bei solcher Revision geht es nicht mehr darum, zu prüfen, ob der ruhige Fluss der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung und die Selbstbewegung der kapitalistischen Wirtschaft die Prognosen der Theorie bestätigt haben, sondern heute sieht sich die Theorie einem vollkommenen Umsturz aller Verhältnisse gegenüber – und die Ereignisse und ihre Ergebnisse lassen sich nun einmal nicht so in das Prokrustesbett der älteren Theorie pressen, wie Otto Bauer es versucht hat. Wo sind in dieser Lehre der Platz und das Gewicht des deutschen Nationalismus, wo die Wirkungen des Krieges und die Kriegsfolgen, wo die Rückwirkungen der Kriegsfolgen auf die politische Bewusstseinsbildung und die inneren Machtverhältnisse der Staaten, wo ist die Rolle der politischen Parteien?«³²⁸

Geyer weist im Gegensatz zu Bauer darauf hin, dass bei ihm, der hier auch stellvertretend für andere Sozialdemokraten steht, der Nationalismus keinesfalls kritisiert wird, sondern sogar ein Eigenleben führt:

»Wenn Otto Bauer ein Problem berührt, das über diese rein ökonomische Theorie hinausgeht, so wird sofort die Zusammenhangslosigkeit seiner sonstigen politischen Stellungnahme mit der materialistischen Geschichtsauffassung und der rein ökonomistischen Klassentheorie klar. In einem Abschnitt über den Sozialmonarchismus spricht er von der landesverräterischen Utopie derer, die nicht unbedingt an der Existenz eines deutschen Einheitsstaates festhalten wollen. Da wird der Monismus – oder sollen wir sagen Monotheismus? – der strengen Theorie plötzlich durchbrochen durch eine Stellungnahme, die nicht mehr aus zu Ideologie gewordenem Klasseninteresse ableitbar ist.«³²⁹

Trotzdem hielt Geyer das Problem noch für längere Zeit durch Aufklärung bei den Massen und Diskussion innerhalb der Partei für lösbar. 1940, immer noch im Pariser Exil, appellierte Geyer, zusammen mit

328 Geyer, Curt (1939): Die Partei der Freiheit, Paris, S. 53 f.

329 Ebd., S. 54.

dem Rest des Vorstandes der SoPaDe, der deutschen Exilsozialdemokratie, noch an das ›andere Deutschland‹:

»Zeigt dem polnischen und dem tschechoslowakischen Volke, dass ihr euch nicht als ihre Feinde fühlt, sondern als ihre Verbündete im Kampfe um die Freiheit Polens, der Tschechoslowakei und Deutschlands. In der Hand des deutschen Volkes liegt es, dass der Weg zum wahren Frieden, zur Versöhnung der befreiten Völker nicht versperrt wird durch die Verbrechen Hitlers.«³³⁰

Geyer und eine kleine Gruppe anderer Sozialdemokraten und Exilanten unter der Führung von Walter Loeb, zogen nun 1942 die Konsequenz aus dieser Argumentation, als sie sich eingestehen mussten, dass das deutsche Volk nicht daran dachte, sich von den Verbrechen Hitlers zu distanzieren. Da die restliche Exilsozialdemokratie sich diese Tatsache nicht eingestehen wollte und weiter auf das ›andere Deutschland‹ setzte, kam es schließlich zum Bruch und Geyer schied aus dem Parteivorstand aus. Die Gruppe näherte sich den Positionen Vansittarts an, während die anderen linken deutschen Splittergruppen, wie *Neu Beginnen*, sich wieder unter dem Banner des ›Antivansittartismus‹ an die Partei annäherten, indem sie sich ein Bild von Vansittarts Argumentation zurechtlegten, das gar nicht erst die Frage aufkommen ließ, ob an der Kritik am deutschen Nationalismus nicht doch etwas dran sein könnte.

An dieser Stelle sei noch einmal an die verschiedenen Stoßrichtungen erinnert, die die Kritik Richard Löwenthals, der der Gruppe *Neu Beginnen* angehörte und diejenige Geyers am Jakschen Volkssozialismus einschlugen. Während der eine, Löwenthal, eher in eine traditionsmarxistische Richtung ging, und den Volkssozialismus nur unter einem revolutionstaktischen Blickwinkel betrachtete, der auf die Frage, auf welcher Seite der Barrikade man denn im Zweifelsfall stünde, hinauslief, versuchte Geyer die antiindividualistischen Wurzeln der volkssozialistischen Ideologie zu kritisieren. Die sudetendeutsche

330 Vogel, Hans et al. (1940): Macht euch nicht mitschuldig!, in: Neuer Vorwärts. 4. 2. 1940, zit. n.: Später, Jörg (2003): Vansittart, S. 321.

Sozialdemokratie blieb dann auch für *Fight for Freedom* immer wieder ein Objekt der Kritik, da sich hier prototypisch die Ablehnung des Individuums und das Eindringen völkischer Gedanken zeigen ließ. So führen Geyer und Loeb in ihrer Abrechnung mit britischen Verteidigern des ›anderen Deutschlands‹ die Schrift Emil Franzels an, um zu zeigen, wie wenig Freiheit der deutschen Linken bedeutete:

»Auf die gleiche Weise, geblendet vom Hitlersystem, schrieb 1936 einer der führenden deutschen Sozialdemokraten des Sudetenlands ein Pamphlet mit dem Titel ›Abendländische Revolution‹, in dem er die Schaffung von ›Autorität, Ordnung und Disziplin‹ zum Ziel des Sozialismus erklärte. Und was ist mit persönlicher Freiheit? Sie wurde zu einem wunderschönen Traum, der der harten Notwendigkeit und den Anforderungen des Systems der Planwirtschaft weichen mußte. [...] Besteht Freiheit im Sozialismus darin, zu begehren, was das System der Planwirtschaft verlangt?«³³¹

In ihrer Gründungserklärung kam *Fight for Freedom* immer wieder auf die besondere Verbreitung des Nationalismus in Deutschland allgemein und der Sozialdemokratie im Besonderen zurück, und näherte sich so Positionen von Beneš an, der ja auch schon früh auf dieses Problem hingewiesen hatte. Die zentralen Stellen der Gründungserklärung heben genau diese Punkte hervor und wachsen zu einer Generalabrechnung mit der Politik der Sozialdemokratie zusammen:

»Die Unterzeichner sind, gestützt auf ihre Kenntnis der geschichtlichen Vorgänge, ihre eigene politische Tätigkeit und die Erfahrungen über das Verhalten des deutschen Volkes seit Beginn dieses Krieges folgender Anschauung: daß der deutsche aggressive Nationalismus die mächtigste politische Kraft im deutschen Volke darstellt, daß er schon vor 1914 und heute erst recht alle gesellschaftlichen Klassen und politischen Parteien erfaßt hat; [...] daß die Sozialdemokratische Partei im

331 Geyer, Curt / Loeb, Walter (1942/2009): Gollancz in German Wonderland. Die kommende deutsche Revolution, in: Geyer, Curt / Loeb, Walter et al. (2009): *Fight for Freedom*, S. 81.

November 1918 keine Revolution gegen den deutschen Nationalismus, nach dem Zeugnis ihrer Führer überhaupt keine Revolution wollte; [...] daß die Sozialdemokratische Partei und die Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine nationalistische Propaganda gegen den Versailler Vertrag geführt haben, und zwar umso lauter, je energischer die Rechtsparteien den Versailler Vertrag zur psychologischen Vorbereitung des Revanchekriegs benutzt haben; daß Hitler nicht ein Zufall ist, sondern daß er von der größten Massenbewegung der deutschen Geschichte in die Macht getragen worden ist, und daß seine Regierung eine Mehrheit in Volk und Parlament hatte; [...] daß der Krieg in Deutschland unterstützt wird von einer überragenden Mehrheit des deutschen Volkes.«³³²

Aus all dem zog *Fight for Freedom* folgenden Schluß, der auch zur Leitlinie ihres politischen Handelns im Exil werden sollte und die sie bei den anderen deutschen Exilgruppen höchst unbeliebt werden ließ:

»Die Unterzeichner halten es für ihre Pflicht, vor Illusionen zu warnen, die von einem Teil der politischen Emigration in England und in Amerika verbreitet werden. Es ist eine Täuschung, wenn behauptet wird, daß Massen des deutschen Volkes nur auf die Niederlage warten, um sich revolutionär für Frieden und Demokratie zu erheben, daß es wirksame illegale Organisationen in Deutschland gäbe, die für die Niederlage Deutschlands und eine Revolution arbeiten, daß die Reste der sozialdemokratischen Partei oder sozialistischen Gruppen in Deutschland sichere Garanten gegen den deutschen Nationalismus seien.«³³³

Gerade für die Wichtigkeit der letzten Warnung bieten ja die Pläne Jakschs für die Zusammenarbeit mit ›gemäßigten‹ Nationalsozialisten genug Anschauungsmaterial. Die Positionen der *Fight for Freedom*-Gruppe wurden, nach längeren Konflikten und Diskussionen, während des Krieges auch in der britischen Labour Party und in interna-

332 Bieligk, Fritz; Geyer Curt et al. (1942/2009): Der Kampf gegen den Nationalismus, S. 65 f.

333 Ebd., S. 66.

tionalen sozialistischen Zusammenschlüssen rezipiert, so auch in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, deren amtierender Präsident der Belgische Sozialist Camille Huysmans war. Jaksch war die Nähe der *Fight for Freedom*-Gruppe zur Labour Party und ihre internationale Vernetzung verständlicherweise Anathema und er ging in die Offensive, indem er Huysmans damals vorwarf, »als Bürgermeister in Antwerpen ›im Dritten Reich Freundschaftsbesuche‹ geleistet und mit ›Nazibonzen‹ gefafelt zu haben. In London habe er ›Gauleiter-Methoden in die internationale Arbeiterbewegung‹ hineingetragen.«³³⁴ Auch im Rückblick nach dem Krieg fiel Jakschs Urteil über die Gruppe entsprechend gallig aus:

»Nach kurzem Aufenthalt in London schwenkte aber Huysman [sic] in die allgemeine Linie der alliierten Kriegspolitik ein. Der Krieg wurde nicht länger als eine Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Faschismus angesehen, sondern als ein Waffengang zwischen eroberrungssüchtigen Deutschen und ihren friedfertigen Nachbarn. In Zuge dieser Entwicklung kam es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen dem zum Deutschenhasser gewandelten konservativen Lord Vansittart und einer Gruppe alliierter Sozialisten um Huysman [sic] und Gillies [dem internationalen Sekretär der Labour Party, FR]. Diese ›Fight for Freedom‹ (›Kampf für die Freiheit‹) getaufte Aktion bediente sich auch der willfährigen Federn einiger Emigranten, um einen ›harten Frieden‹ gegen alle Deutschen vorzubereiten. Erbittert rangen die guten und bösen Geister um die Gestaltung des Friedens. [...] Der eine trat furchtlos in öffentlichen Versammlungen für die unterdrückte deutsche Arbeiterbewegung ein, der andere benützte jeden Anlaß, um die exilierten Wortführer der reichsdeutschen wie der sudetendeutschen Sozialdemokratie an der Erfüllung ihrer Aufgaben zu hindern.«³³⁵

Bemerkenswert an dieser Darstellung ist nicht nur, dass Jaksch es vermeidet, auf die inhaltliche Kritik von *Fight for Freedom* auch nur

334 Später, Jörg (2003): Vansittart, S. 399.

335 Jaksch, Wenzel (1990): Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donaauraum, München, S. 377.

oberflächlich einzugehen, sondern auch, dass er die wirkliche Situation verkehrt: Nicht Loeb und die Seinen mussten in seiner Sicht aus eigener Einsicht und Initiative gegen das Bild vom ›anderen Deutschland‹ vorgehen, sondern sie werden zu Hand- beziehungsweise Kopflängern ausländischer Interessen degradiert und hauptsächlich als Störenfriede wahrgenommen.

Dabei war es gerade Loeb, der zunächst den Kontakt zu Beneš suchte. In einem Brief von Anfang November 1941, also noch vor der Gründung von *Fight for Freedom*, dem ein persönliches Treffen vorausgegangen sein musste, übermittelte er Beneš einen Leserbrief, den er als Reaktion auf einen Artikel Robert Wieners, eines Vertreters der Treuegemeinschaft, an die Redaktion der Zeitung *Der Sozialdemokrat* geschrieben hatte. Wiener hatte im Zusammenhang einer Buchbesprechung folgendes geschrieben: »Denn wenn das deutsche Volk sich gegen Hitler erheben soll, so muss es davon mehr als blossen Waffenstillstand erwarten können.«³³⁶ In diesem Satz steckte schon der gesamte Problemkomplex, den Loeb (und auch Beneš) an der deutschen Sozialdemokratie kritisierte, nämlich sich einen Beitrag im Kampf gegen Deutschland möglichst teuer in Form von Zugeständnissen an den deutschen Nationalismus abkaufen zu lassen. Loeb reagierte dementsprechend:

»Was also muss das deutsche Volk mehr erwarten können, wenn es sich gegen Hitler erheben soll? Meiner Ansicht nach ist die Zeit vorbei in der man solange wie nur möglich Festlegungen vermeidet und weiter lavieren kann, um eine grundsätzliche Position zu halten und seine Aktivität je nach dem Wechsel der Situation einzurichten. Wenn Herr Dr. Robert Wiener diese Politik zu verfolgen versucht, dann darf er nicht erstaunt sein, dass man darauf hinweist. Diejenigen, denen Europas Sicherheit über dem deutschen Größenwahn steht, werden davon auf keinen Fall Abstand nehmen.«³³⁷

336 Beilage Brief Loeb an Beneš, 1. 11. 1941, MÚA, EB II, ič 3940, Karton 463, o. S.

337 Ebd.

Darüber hinaus legte Loeb dem Brief an Beneš noch ein Memorandum bei, in dem er die »Ihnen vorgetragene(n) Ideen mit der Bitte« überreichte, »sie als die private Auffassung eines politischen Menschen zu betrachten, der aus der Vergangenheit gelernt hat« und schloss den Brief nicht ohne »Dank für die freundliche Aufnahme auszusprechen und mit der Versicherung [...] jederzeit zu Ihrer und Ihrer Regierung Verfügung«³³⁸ zu stehen.

In diesem Memorandum arbeitet Loeb heraus, welche »geistigen Auffassungen« zentral seien, »neben der immer vorhandenen Expansionsabsicht und dem Drängen zur Beherrschung der Märkte«³³⁹ um den neuen Krieg und die deutsche Gesellschaft zu verstehen. Loeb entwickelt dann Gedanken, die auch für die spätere Theoriebildung von *Fight for Freedom* zentral wurden, und sich auch in ähnlicher Form bei Beneš wiederfinden. Zunächst einmal haben »(w)eder Bürger noch Arbeiter [...] jemals in Deutschland ein sogenanntes Bürgerbewußtsein gehabt.«³⁴⁰ Dies habe sich besonders nach 1918 als fatal für das Schicksal der Republik erwiesen:

»Der Arbeiter, der rein äußerlich an dem Geschick der Republik großen Anteil nahm, wurde durch das ihm anezogene Untertanenbewußtsein zur gleichen Zeit dadurch korrumpiert, dass die Propaganda der anderen es den regierenden Arbeitern klarmachte, dass ohne Beherrschung bestimmter Formen der nachgeordnete Funktionär der Arbeiterbewegung sich lächerlich mache. Einer der entscheidenden psychologischen Schläge gegen das neue Regime war eine Veröffentlichung in der Illustrierten Zeitung in Berlin, die Ebert (den Reichspräsidenten) und Noske (den Reichswehrminister) in Badehosen darstellte.«³⁴¹

338 Brief Loeb an Beneš, 1. 11. 1941, MÚA, EB II, ič 3940, Karton 463, o. S.

339 Loeb, Walter (1941): Memorandum für seine Exzellenz den Herrn Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik Dr. Eduard Benes, MÚA, EB II, ič 3940, Karton 463, S. 1.

340 Ebd.

341 Ebd.

Diese zunächst banal wirkende Begebenheit habe allerdings schwerwiegende Folgen gehabt: »Auf diesem Boden geistiger Verwirrung – Drängen nicht nach Macht, sondern nach ›als zugehörig und gleichstehend betrachtet zu werden‹ – war die Propaganda des Dolchstoßes, gegen Versailles, gegen die Franzosen, gegen den Bolschewismus, schließlich gegen die Plutokratie für die Nationalisten eine gegebene Folge.«³⁴²

Der Mangel an nicht-autoritären Charakteren, der zu einem Konformitätsdrang in die Nation führte, sei also das Problem gewesen. Die Arbeiter hätten nur versucht, in die Nation aufgenommen zu werden. Loeb spannt hier einen Bogen von der Situation im Ersten Weltkrieg, in der »die Mehrheits-Sozialdemokraten und die Gewerkschaften mit fliegenden Fahnen mit dem Großen Hauptquartier gingen«³⁴³ hin zu der sozialpartnerschaftlichen Arbeitsteilung durch das Stinnes-Legien-Abkommen 1918, das ja von der Idee lebte, Kapital und Arbeit unter dem Dach der Nation zum höheren Ruhme letzterer zusammenzuspannen. Auch hier macht Loeb wieder auf das psychologische Bedürfnis der Arbeiter aufmerksam, dazuzugehören, denn »die ganze Arbeiterbewegung war stolz darauf, dass die Hugo Stinnes Linie einen Dampfer ›Karl Legien‹ taufen ließ – Warum? Das war eben die äußere Anerkennung auf die man Wert legte.«³⁴⁴ Dieser Wunsch, Teil der Nation zu sein, habe dann im Detail ausbuchstabiert dazu geführt, dass die Arbeiterbewegung schließlich auch gegenüber Hitler kapitulierte habe:

»Von diesem Schritt der Arbeitsgemeinschaft bis zu Leiparts³⁴⁵ Erklärung nach der Wahl von 1933, dass die Gewerkschaften bereit seien, sich von der Sozialdemokratischen Partei zu trennen, dass sie den Beweis ihrer Existenzberechtigung durch die Haltung ihrer Mitglieder im letz-

342 Ebd.

343 Ebd.

344 Ebd.

345 Theodor Leipart war in den 1920er und 1930er Jahren Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

ten Kriege erbracht hätten und dem Verhandlungersuchen Leiparts an Hitler, ist alles eine konsequente Folge.«³⁴⁶

Loeb zieht aber noch eine weitere Folgerung aus dieser Entwicklung: Die Trennung in unterdrückte Arbeiterklasse und unterdrückende Nazis führe in die Irre, denn der Nationalismus habe eben von der Arbeiterbewegung Besitz ergriffen: »In welch riesenhaftem Umfange dies geschehen ist, beweist die Haltung des deutschen Volkes im jetzigen Krieg und alle Argumente bezüglich Terror schlagen fehl. So wie Lasalle den Richtern von Berlin wegen ihres Verhaltens in [sic] 1848 entgegenrief: »Meine Herren – eine ganze Stadt ist nicht feige«, so kann man heute sagen: »Eine ganze Nation ist nicht feige«, oder aber sie ist es deshalb nicht, weil sie mit dem Ziel übereinstimmt, das die Führung anstrebt.«³⁴⁷ Dieses Memorandum erreichte Benešs Schreibtisch eine Woche vor seiner Rede in Glasgow, in der auch er zum ersten Mal in Frage stellte, ob denn die Trennung in gute Deutsche und böse Nazis überhaupt möglich sei. So scheint es eher umgekehrt gewesen zu sein, als es Jaksch darstellte: Es war nicht Loeb der Agent fremder Interessen, sondern wenn, dann ließ sich Beneš von diesen Überlegungen beeinflussen, wenn nicht, was ja auch durchaus möglich ist, diese Gedanken parallel entstanden. Darüber hinaus sind die Lösungsvorschläge, die Loeb vorbringt, um einiges radikaler als die Benešs. Hatte dieser in dem Buch *Demokratie heute und morgen* noch vorsichtig formuliert, dass es »nach diesem Krieg vielleicht auch notwendig sein« wird, »Bevölkerungsumsiedlungen in bedeutend größerem Maße als nach dem letzten Krieg vorzunehmen«³⁴⁸, so schlug Loeb gleich unter anderem die »Entvölkerung Deutschlands«³⁴⁹ vor. Damit war aber in keinem der beiden Fälle eine Ausrottungspolitik gemeint, wie das oft unterstellt wird – aus Benešs Überlegungen, zu denen er bemerkte, diese Umsiedlungen müssten »in humanitärer

346 Ebd.

347 Ebd., S. 2.

348 Beneš, Edvard (1944): *Demokratie heute und morgen*, S. 248.

349 Loeb, Walter (1941): *Memorandum Beneš*, S. 3.

Form, gut organisiert und international finanziert«³⁵⁰ durchgeführt werden, wurde in der *Sudetendeutschen Zeitung* nach dem Krieg ein »hinterhältiger ›Friedensplan‹ des Teufels«³⁵¹ gezimmert. Auch hinter Loeb's Vorschlägen steckte hauptsächlich die Frage, was mit der Bevölkerung eines entmilitarisierten und nur mit begrenzten industriellen Kapazitäten ausgestatteten Deutschlands geschehen sollte: »Deutschland muss, da es seine industrialisierte Bevölkerung nicht auf das Land innerhalb Deutschlands zurückbringen kann, – außerdem ist die Landwirtschaft intensiviert und bedarf minderer Arbeitskräfte – Möglichkeit zur Emigration gegeben werden. Ich schätze diese Emigranten auf ca. 7-10 Millionen Menschen, Österreich und die Sudetendeutschen Gebiete eingeschlossen.«³⁵²

Loeb sah in Beneš also einen Partner, bei dem er auch inhaltlich auf Zustimmung hoffen konnte. Und in einer rückblickenden Beschreibung der Situation bezieht Beneš ja auch klar in diesem Sinne Position. Dieser beschreibt in einer Schilderung der Situation innerhalb des deutsch-tschechoslowakischen sozialdemokratischen Exils auch die des deutschen Exils, als er von einem Treffen mit Jaksch 1939 schreibt, den er als neutralen Berichtersteller auftreten lässt und dessen eigene Zugehörigkeit zu einem der politischen Lager außen vor lässt:

»Er berichtete, dass es in der deutschen Emigration in England zwei gleich starke Lager gibt: fünfzig Prozent für Großdeutschland, fünfzig Prozent für eine Erneuerung der Tschechoslowakei in den Grenzen vor ›München‹. Angeblich wirkten die Pläne im Reich wie in Österreich stark auf die Deutschen in der Tschechoslowakei ein. Bei den Deutschen selbst, im Reich wie in Österreich, gibt es freilich einen ähnlichen Streit. Auch bei ihnen existieren zwei Lager, die beide mit einem baldigen Krieg rechnen. Die einen erwarten eine rasche Niederlage des Dritten Reichs und im besten Fall eine Neuauflage des Weimarer Deutschland, die anderen rechnen jedoch mit einer machtvollen großdeutschen Revolution (diesem Lager neigen vor allem die österreichischen Sozialdemokraten

350 Beneš, Edvard (1944): *Demokratie heute und morgen*, S. 248.

351 *Sudetendeutsche Zeitung*, Jg. 1, Folge 12, 23. 6. 1951.

352 Loeb, Walter (1941): *Memorandum Beneš*, S. 3.

zu) und planen im Einklang damit eine Neuordnung Europas, i. e. die Geltendmachung aller großdeutschen Ziele.«³⁵³

Nach der Gründung von *Fight for Freedom* und des mit der Gruppe verbundenen Verlags schickte Loeb Beneš immer wieder Exemplare der Neuerscheinungen wie auch Memoranden, die zur Selbstverständigung und Analyse, nicht aber zur Veröffentlichung gedacht waren. So fragte Loeb am 16. Juli 1942 bei Jaromír Smutný, dem Sekretär Benešs, nach, ob der Präsident denn das signierte Exemplar des Pamphlets *Gollancz in German Wonderland* erhalten hätte.³⁵⁴ In diesem Buch griffen Loeb und Geyer in der Person Victor Gollancz diejenige Strömung der britischen Linken an, die den deutschen Nationalismus und die Bildung der Volksgemeinschaft nicht ernst nehmen wollten und sich Illusionen darüber hingaben, wie die Situation in Deutschland und auch im Exil aussehe:

»Es ist eine ungeheuerliche Lüge, dem britischen Volk weiszumachen, es müßte nur einen Teil des Volkes bekämpfen! Das britische Volk muß nicht weniger als die vereinigten Kräfte des gesamten deutschen Volkes bekämpfen und besiegen. Niemand soll sich von der Tatsache täuschen lassen, daß wir jetzt unsere Stimmen in England zu Gunsten eines alliierten Sieges erheben. Wir sind nur wenige Einzelne. Wir haben Freunde in Deutschland, die wie wir denken. Aber auch sie sind nur Einzelne. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes führt Krieg und kämpft mit Entschlossenheit für einen deutschen Sieg. [...] Und Deutschlands Soldaten haben bereitwillig gekämpft, um dessen Erfolg zu sichern (Stalin hat diese Tatsache erkannt); die Männer und Frauen Deutschlands haben hart in Munitionsfabriken gearbeitet; Kleinbauern und Landarbeiter haben Felder gepflügt; Arbeitsarmeen haben Befestigungen und Straßen gebaut; Eisenbahner haben die Züge gefahren; und die Matrosen haben die Schiffe bemannt. *Jede Hand ist durch kollektive*

353 Beneš, Edvard (1947/2002): Die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, in: Coudenhove-Kalergi, Barbara / Rathkolb, Oliver (Hg.): Die Beneš-Dekrete, Wien, S. 19.

354 Brief Loeb an Smutný, 16. 7. 1942, MÚA, EB II, ič 3940, Karton 463, o. S.

Komplizenschaft besudelt, durch Handlungen oder durch Unterwerfung, durch Schweigen oder durch Vergebung und freilich durch Einverständnis. Wo sind Mr. Gollanczs Beweise für das Gegenteil?«³⁵⁵

Dieser Text spiegelte ähnliche Erfahrungen und Überlegungen wider, wie Beneš sie wenige Monate zuvor in Glasgow formuliert hatte und mit denen er sich im Kontakt mit Jaksch immer wieder konfrontiert sah. So ist es nicht verwunderlich, dass seine Antwort an Loeb positiv, wenn auch etwas formal ausfiel:

»I am writing this to thank you and your colleague for the copy of ›Gollancz in German Wonderland‹ which you have kindly presented to me. I could not yet read it. But I have looked through it with much interest and I have the impression that you have thrown a great deal of light upon several issues which were obscure to the people of this country and made a very useful contribution to this most important discussion.«³⁵⁶

Loeb hatte wirklich noch einiges zu dieser Diskussion beizutragen. Als nächstes schickte er über den Staatssekretär im Außenministerium der Tschechoslowakischen Republik, Hubert Ripka, das ins Englische übersetzte Memorandum *Der kommende Weltkrieg*, das aus Diskussionen der sozialdemokratischen Splittergruppen *Neu Beginnen*, der *Sozialistischen Arbeiterpartei* (SAP) und den österreichischen *Revolutionären Sozialisten* schon in Paris 1939 entstanden war, und das auch das Dokument war, auf das sich Beneš bei seiner Kritik an der deutschen Sozialdemokratie stützte, von der weiter oben die Rede war. Dieses Memorandum, in dem davon ausgegangen wurde, dass der Weltkrieg in eine soziale Revolution münden würde, deren Erfolg sich in Deutschland entscheide, und in der man als sozialistische Partei eine zweite Front aufmachen müsse – nicht nur gegen den Faschismus sei zu kämpfen, sondern auch gegen den westlichen Im-

355 Geyer, Curt; Loeb, Walter (1942/2009): Gollancz in German Wonderland, S. 72f.

356 Briefentwurf Beneš an Loeb, 16. 7. 1942, MÚA, EB II, ič 3940, Karton 463, o. S.

perialismus – wurde von Loeb herangezogen, um zu zeigen, dass die sozialdemokratischen Exilpolitiker, auf deren Seite sich mittlerweile die Splittergruppen geschlagen hatten, sehr zweifelhafte Partner im Kampf gegen den Nationalsozialismus seien.

In einer kurzen Einleitung von *Fight for Freedom* wurde genau auf diese Elemente des Memorandums hingewiesen. Da die Forderungen und Vorstellungen, die in dem Memorandum erhoben wurden, teilweise so jenseitig waren, dass sie fast schon nach einer Diffamierungskampagne klangen, versicherte Loeb im Begleitschreiben an Ripka, das Dokument sei echt: »I have heard that there are some doubts of the authenticity of this document. We are in the position [sic] of the original and if you desire we could let you have photostat copies of the front page and also other pages.«³⁵⁷ Jörg Später argumentiert in seiner Studie zwar, dass Loeb's »Kritik an *Der kommende Weltkrieg* [...] überzogen (war) und [...] eine demagogische Schlagseite«³⁵⁸ hatte, sein Urteil über den Text fällt aber auch nicht gerade schmeichelhaft aus, wenn er das Hauptargument des Textes mit folgenden Worten kommentiert:

»Deutschland komme dabei in der Frage von Revolution oder Konterrevolution, im Guten wie im Schlechten eine Schlüsselposition zu. Nicht am deutschen Wesen, aber im Kampf um das deutsche Wesen sollte nach dieser Sicht die Welt genesen. ›Just as Fascist Germany is the center of world reaction, so the Socialist Revolution in Germany will be the next decisive link in chain of World Revolution. In Germany, the most highly industrialized country in the old world, the development of the productive forces and of social contradictions has long placed Socialism on the agenda of history.‹ Diese dialektischen Scherze, die in der Logik deutscher Hegemonie nichts Beanstandenswertes erblickten und welche die Ängste vor ihr als vernachlässigbar behandelten, mündeten im Lobgesang der ›revolutionären Massen‹ und der ›freiheitsliebenden Sozialrevolutionäre‹: ›Thanks to their general educational and cultural level, and, in part, to their democratic traditions, the majority of the

357 Brief Loeb an Ripka, 27. 8. 1942, MÚA, EB II, ič 3940, Karton 463, o. S.

358 Später, Jörg (2003): Vansittart, S. 364.

German working class and of the German intelligenzia have never adopted the ideology of fascist totalitarianism.< Die ›Neu-Beginner‹ waren nicht unbedingt Nationalisten, sicher keine Imperialisten, die Europa knechten wollten, aber sie waren eingebildete deutsche Sozialisten, für die Deutschland der Nabel der Welt war, das Brennglas der Weltgeschichte, mit der üblesten Reaktion und der besten Arbeiterbewegung, die sich gegenseitig bedingten.«³⁵⁹

Es stellt sich allerdings die Frage, ob nicht dieses Urteil über das Memorandum und dessen Verfasser noch zu milde ist. Denn nicht nur in den Ohren derer, denen gerade praktisch in Europa vor Augen geführt wurde, wie eine deutsche Hegemonie aussieht, und die gerade schockiert feststellen mussten, dass es keinen nennenswerten Widerstand in Deutschland gab, müssen mehrere Wendungen in dem Memorandum äußerst bedrohlich geklungen haben. Denn die nationale Einheit Deutschlands war den Verfassern des Memorandums von größter Wichtigkeit und wurde konsequent vertreten:

»The second international task of the German Revolution will be the defence of its own territory and the defence of the national unity of Germany. [...] We do not accept the situation created by Fascism, and we declare categorically that the right of self-determination up to and including the right to break away will be granted to all German territories annexed by Hitler. However, with equal determination we demand for them the right to remain of their own free will with the new revolutionary Germany if they so wish. In practice this is important for Austria, in particular where the Revolutionary Socialists have already adopted this attitude, and it applies above all, of course, to any plans to dismember the territory of the old German Reich.«³⁶⁰

Wie Später bei diesen Forderungen zu dem Urteil kommt, die Autoren seien »nicht unbedingt Nationalisten«, ist nicht ganz nachvollziehbar, bestehen sie doch auf der unverbrüchlichen Einheit des

359 Ebd., S. 365.

360 N.N.: The Coming World War, MÚA, EB II, ič 3940, Karton 463, S. 12.

Großdeutschen Reichs, denn mit freiwilligen Abspaltungen war realistischere nach Jahren der nationalistischen Indoktrination nicht zu rechnen.

Außerdem tauchen in dem Text, wieder in Verbindung mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, Passagen auf, die den Vertrag von Versailles kritisieren, wie es auch in rechten Kreisen gang und gäbe war: »In practice the solution fathered by the Versailles Treaty proved not democratic but imperialist. The new little States were created, and could exist only as part of an imperialist coalition intended to hold down Germany, and only by themselves practising national oppression, whilst at the same time their separate national existences disorganized the economic division of labour between industrial and agricultural Europe.«³⁶¹ Der deutsche Nationalismus wird so als ein Notwehrakt gegen eine imperialistische Aggression dargestellt. Gerade für Beneš, der nicht nur bei den Verhandlungen zu den Friedensverträgen dabei war, sondern der auch wusste, dass diese Rede von der nationalen Unterdrückung viel zur internationalen Delegitimierung der Tschechoslowakischen Republik beigetragen hatte, waren diese Stellen ein Schlag ins Gesicht.

In den Bemerkungen von *Fight for Freedom* zu der Stelle, in der sich das Memorandum zur deutschen nationalen Einheit bekennt, werden die Konsequenzen einer solchen Forderung auf den Punkt gebracht:

»Soviet Germany will thus regard it as an impermissible imperialist intervention if Austria is again separated from Germany against the will of the Austrian Revolutionary Socialists; it will wage war against a return of the Sudeten territory to Czechoslovakia, and it will regard this war also as a defensive war against imperialist intervention. Seing [sic] that not only the Sudeten Nazis, but also the Sudeten social-democratic leaders are Pan-German, there is no doubt that Soviet Germany would have the excuse for this ›revolutionary war‹.«³⁶²

361 Ebd., S. 14.

362 Ebd., S. 3.

Aber nicht nur in direkter Kommunikation bekam Beneš Informationen über die Gruppe, auch über andere Kanäle hielt er sich über die Entwicklungen in den verschiedenen Exilfraktionen und ihre Ansichten über Deutschland auf dem Laufenden. Da die Regierung der Tschechoslowakischen Republik in Großbritannien seit Juli 1941 voll anerkannt war, konnte er auch auf Berichte der verschiedenen Ministerien und des diplomatischen Korps zurückgreifen.

Im September 1942 erreicht Beneš ein kurzer Bericht über ein Gespräch des tschechoslowakischen Botschafters in London, Maximilián Lobkowicz, mit Loeb. Lobkowicz wies auf die Verbindung von Loeb zu Vansittart hin und legte dar, wie jener Beneš über den grünen Klee gelobt haben soll: »Bei einer Gelegenheit äußerte sich Loeb außergewöhnlich lobend über unseren Präsidenten, er bezeichnete ihn als einzigen Politiker europäischen Formats und verkündete, wenn er einen Präsidenten der Vereinigten Staaten Europas wählen müsste, wüßte er keinen anderen Kandidaten als Dr. Beneš.«^{by/363} Gleichzeitig betonte der Botschafter, dass das Lager um Loeb und Vansittart von der deutschen und deutschböhmisches Mehrheitssozialdemokratie im Exil wenig hielt, und sogar dafür gesorgt hatte, dass die Rundfunkansprachen Jakschs im BBC eingestellt worden waren:

»Über den Abgeordneten Jaksch fällt er [Loeb, FR] hingegen ein vernichtendes Urteil. [...] Besonders vertraulich möchte ich hier bemerken, dass sich Lord V. den Verdienst anrechnet, dass dem Abgeordneten Jaksch auf eine Aktion des F[oreign] O[ffice] hin es verunmöglicht wurde, im hiesigen deutschen Rundfunk Ansprachen zu senden. Ich denke, dass diese Intervention des Lords V. eine direkte Folge des Einflusses ist, den auf ihn in diesen Sachen Loeb hat. Dagegen bin ich mir sicher, dass er unseren Präsidenten nicht so beurteilt, wie Loeb sich mir gegenüber über ihn geäußert hat.«^{bz/364}

Die in der Literatur immer wieder auftauchende Vermutung, das Verbot der Radioansprachen gehe auf Machinationen der tschecho-

363 Bericht Lobkowicz, 23. 9. 1942, MÚA, EB II, ič 3940, Karton 463, o. S.
364 Ebd.

slowakischen Exilregierung zurück, scheint also so nicht haltbar. Martin Bachstein, ein Vertreter dieser Vermutung, beschreibt die Situation so:

»Die tschechoslowakische Auslandsregierung hatte aber erkannt, daß der Rundfunk zu einem beträchtlichen Propagandamittel der sudetendeutschen Sozialdemokraten zu werden drohte. Mitglieder des Staatsrats versuchten deshalb, der Treuegemeinschaft auch diese Möglichkeit der politischen Verbindung mit der Heimat zu entziehen, indem sie indirekt auf englische Stellen einwirkten – mit dem Ziel, Jaksch den Zugang zum BBC sperren zu lassen.«³⁶⁵

Das war aber gar nicht nötig, da Lord Vansittart ja schon in diese Richtung wirkte. Rückblickend schrieb dieser über die britischen Radiosendungen und deren Wirkung auf die Deutschen:

»Time and again, in our broadcasting in German, we exonerated the German people – even the German Army, God forgive us! – and put down all crime to a coterie. [...] Indeed, throughout the whole of this latest and greatest outbreak of German homicidal mania we tended to address the German nation as a reasonable being, and that is a deep-seated misjudgement of German character.«³⁶⁶

Genau dieser Versuch, an das ›andere Sudetendeutschland‹, das vernünftig wäre, zu appellieren, zeichnete auch Jakschs Ansprachen aus. In diesem Versuch taucht dann auch schon das Motiv auf, dass die Masse ja unschuldig sei, welches die Funktion der Volksgemeinschaft völlig ignoriert, wie auch die Ambivalenz Jakschs gegenüber dem Münchener Abkommen in diesen Reden zu Tage tritt, weshalb ein kurzer Blick auf eine dieser Ansprachen angezeigt ist. So meinte Jaksch im November 1941 zum Allerseelentag: »Mit dem wieder befreiten tschechischen Volke werden die Sudetendeutschen in dieser

365 Bachstein, Martin K. (1974): Wenzel Jaksch, S. 279.

366 Vansittart, Robert (2014): Bones, S. 35.

oder jener Form zusammenleben müssen.«³⁶⁷ Hier lässt sich Jaksch alle Optionen offen, eine Festlegung auf ein Wiedererstehen der Tschechoslowakischen Republik findet nicht statt. Er fährt fort:

»Darum muß schon heute vorgebaut werden, daß nicht Unschuldige für die Verbrechen der Schuldigen zu leiden haben. Wir tun auf diesem Gebiete unsere Pflicht, aber ohne Unterstützung der Heimat kann diese schwere Aufgabe nicht gelöst werden [...] Sagt Euch los von den Männern mit den blutigen Händen! Sagt Euch los durch jede mögliche Form des geheimen Widerstandes. Verweigert der nationalsozialistischen Politik der Selbstausrottung Gefolgschaft, wo immer Ihr nur könnt.«³⁶⁸

Jaksch sieht in erster Linie die Sudetendeutschen als Opfer, denen »Selbstausrottung« droht, und hofft auf Widerstand, eine Hoffnung, an der, selbst nachdem sie sich als illusorisch erwiesen haben wird, er weiter festhalten wird, wie sich an den späteren Plänen mit Fallschirmspringern zeigte.

C) Der Bruch mit Jaksch

Jakschs Weigerung, sich einzugestehen, dass die Volksgemeinschaft doch mehr war als eine bloße Phrase und von einem ›anderen (Sudeten)deutschland‹ zu träumen, war gleichzeitig ein wunder Punkt, der, wenn er berührt wurde, zu heftigen Reaktionen führte. Das Phänomen einer Deutung des Nationalsozialismus als einer ›Besetzung Deutschlands‹ durch die Nazis erkannte schon George L. Mosse recht deutlich, der, wenn er auch allgemein vom Faschismus spricht, doch stets Deutschland beschreibt:

367 Jaksch, Wenzel (1941): Rundfunkmanuskript »All Souls Day« vom 1. November 1941, zit. n.: Bachstein, Martin K. (1974): Wenzel Jaksch, S. 278. 368 Ebd.